



4. Brief, im November 2021

Gesellschaft, Staat und das Nationale von Links gesehen

Liebe Freundinnen und Freunde der politischen Philosophie,

was als Gesellschaft zu verstehen sei, welche Rolle dabei der Staat und das Nationale spielt, gehört zu den umstrittensten Orientierungen der politischen Philosophie. Jedenfalls ist der Sinn und Zweck dieser Institutionen oder Realitäten im geschichtlichen Wandel von Rechts gesehen ein anderer als aus der Praxisperspektive von Links, wo es darum geht, menschengemäße, höhere Formbildungen der Zivilisation zu erringen.

So formierte sich Nationalität im Kampf gegen Fremdherrschaft, erhoben sich nationale Befreiungsbewegungen gegen nationalistisch befeuerten Kolonialismus. Gegen faschistische Mächte mobilisierten ganze Völker und Staaten ihre Kräfte. Oder der Imperialismus und extreme Nationalcharakter der USA wird durch andere Gesellschaftsbildungen und Staatsverständnisse in aller Welt sowie durch die hinterlassenen Failed States konterkariert.

Alles dieses spielt im Entwicklungszusammenhang der kapitalistischen Gesellschaftsformation: Vom Industriekapitalismus weiter durch die Weltkriegsperiode, mit versuchten sozialistischen Gesellschaftsbildungen, globalen Konfrontationen und der Aufrollung jener Strukturen. Es formierten sich Ensembles einer sozialkapitalistischen Gesellschaftlichkeit. Mit deren neo-liberaler Zurichtung und der gänzlichen Globalisierung ist der Scheitelpunkt überschritten und eine Epoche des Rückschlags und systemgeschichtlichen Übergangs eröffnet.

Im jetzt global vernetzten, planetarischen Raum bilden die konstituierten Gesellschaften eine bewegte und widersprüchliche Szenerie von ungefähr 200 Nationen im Sinne der UNO. Diese weisen eigene kulturelle Prägungen auf und umfassen teils unterschiedliche Kulturvölker. Das zivilisatorische Spektrum bewegt sich von Devastated States, über ein enormes, mehr oder auch viel weniger und höchst unterschiedlich entwickeltes Feld bis hin zu den Großstaaten China, Indien und den USA. Die Europäische Union bildet hierbei einen Sonderfall.

Ein Blick auf dieses spannungsgeladene Entwicklungsfeld und den zerspaltenen und problemlastigen Charakter des kapitalistischen Grundtyps lehrt: Nicht die Überwindung des Nationalen liegt im Interesse des überwiegenden Teils der Menschheit, sondern die vielfach ausstehende Erringung einer existenzfähigen und Lebensmöglichkeiten bietenden Konstitution als möglichst sozial-infrastrukturell gerüstete, rechtsstaatlich und demokratisch geprägte, politisch-ökonomisch behauptungs- und bestimmungsfähige Staaten und Kulturräume.

Diese Konstitution zeigt sich in Gestalt europäischer Sozialstaatlichkeit relativ fortgeschritten. Dabei durchdringt der Staat die Gesellschaft von oben bis ins Alltagsleben vor Ort juristisch, fiskalisch und regulativ wie ein Pilzmyzel, wobei der demokratische Kapitalismus, quasi umgekehrt, politisch repräsentativ verfasst ist. Dies aber nur halbwegs: Die kapitalwirtschaftliche Ökonomik bedingt durchgreifende Abhängigkeiten, Prägungen und elementare Konfliktlagen.

Auch hier wird deutlich, dass die gesuchte bessere Welt nicht gerade die Abstreifung des Nationalen verlangt. Jenseits kosmopolitischer Illusionen lautet die Zukunftsfrage vielmehr: Wie könnte, angesichts der jetzt noch überwältigenden Wachstumszwangswirtschaft, der Komplexität der internationalen Verhältnisse und der Problemlage im kapitalistischen Welt-

system, ein im Sinne der Volkssouveränität demokratisch konstituiertes Gemeinwesen überhaupt als solches bestehen und einen selbst bestimmten Entwicklungsweg einschlagen?

Dazu ermutigt, dass die Waren- und Kapitalwirtschaft nur eine Hand der gesellschaftlichen Arbeit darstellt, während das Gewicht der Produktion der gemeinschaftlichen, sozial-infrastrukturellen und zivilisatorischen Grundlagen wächst. Solches steht aber im Widerspruch zur Form der Verwertungswirtschaft, und so bahnt sich im Bestehenden eine anders gepolte und regulierte Sozioökonomie an. Indem diese eine lokal- wie nationalökonomisch wesentlich selbstbezügliche Dimension aufweist, untermauert sie das Prinzip Souveränität .

Die Selbstbestimmung einer souveränen Sozialität stellt auch die Existenzbestimmung und Äußerung eigentlicher demokratischer Praxis dar. Sie bildet damit ein unveräußerliches Prinzip und Recht der Gesellschaft. Daraus folgt: Von Staaten gemeinsam verfolgte Zwecke oder bestimmte, auch hoheitliche Kompetenzen können an kooperative Institutionen delegiert, so aber auch immer souverän zurückgenommen werden. Es gibt eine ganze Reihe entsprechender Staatenbündnisse, während es mit der EU eine andere Bewandnis hat.

Die EU ist als entgrenzter Entwicklungsraum für die industriewirtschaftliche Land-, Kapital- und Finanzwirtschaft konstituiert. Die als Parlament deklarierte Delegiertenkammer spielt keine entscheidende Rolle. Die 27 Rechts-, Sozial- und Nationalstaaten sind unter einer gesellschaftlich entrückten planifikatorischen Institutionen eingebunden. Diese gibt sich konsultativ, arbeitet aber im Zusammenspiel mit der EZB und dem EuGH beharrlich daran, souveräne Rechte zu usurpieren, das hybride, halbgare Konstrukt zu effektivieren und einen politisch-ökonomischen und militärischen Block im kapitalistischen Weltsystem zu formen.

Auch in diesem Experiment materialisiert sich eine liberalistische politische Philosophie, die die gesellschaftliche Natur des Menschseins verleugnet, die souveräne Konstitution von Gesellschaft im Interesse entbetteter kapital- und finanzwirtschaftlichen Mächte und durch deren supranationale Institutionen unterminiert und solches als Wertegemeinschaft maskiert. In Reaktion auf die Ökonomisierung und Entgrenzung des Gesellschaftlichen bilden sich zudem rechte und nationalistische Strömungen, und so droht die konkrete Alternative und politische Emanzipation zu ersticken, die als latente Potentialität existiert.

Von Links stellen sich in dieser Problemlage und Kampfzone die Fragen: Welche nicht nur sozial-ökologische, sondern alternative ökonomische Verfasstheit und demokratische Praxis soll regieren? Welche regionalen oder internationalen Kooperationen und Institutionen sind von da her sinnvoll und legitim? Welcher Respekt, welche Regularien und welche Solidarität müssen in einer multipolaren Welt mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Existenzen und Entwürfen verlangt werden, auch um kommenden Katastrophen besser zu begegnen?

Beste Grüße,
Horst Müller

<https://www.praxisphilosophie.de>
Kontakt und Abonnement
dr.horst.mueller@t-online.de